

Wöchentlich 68 Bl. monatlich 1,60 M. im Voraus zahlbar. Postbezug 4,32 M. einschließlich 60 Pfg. Postgebühren u. um 72 Pfg. Postbestellgebühren. Zustellabonnement 4.— M. pro Monat.

Der „Vorwärts“ erscheint wochentags zweimal, Sonntags und Montags einmal. Die Abendausgaben für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“, „Wochenspiegel“, „Wohlfahrt und Zeit“ und „Kulturzeitung“. Ferner „Frauenstimme“, „Jugend“, „Bild in die Bäderwelt“, „Jugend-Vorwärts“ und „Stadtspiegel“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die einseitige Rotverurteilung 80 Pfennig. Bekanntmachung des Reichsministeriums „Kleine Anzeigen“ das erste Heft 25 Pfennig (zwei Heft 40 Pfennig) das zweite Heft 12 Pfennig. Stellenausschreibung das erste Heft 15 Pfennig, jedes weitere Heft 10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Seite 60 Pfennig. Familienanzeigen Seite 40 Pfennig. Anzeigenannahme im Hauptgeschäft Umbenutzer 2 wochentlich von 9- bis 17 Uhr.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Dönhofs 292-297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postbeschluss. Berlin 37 698 — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Lindenstr. 3, D. O. u. Elek.-Ges., Depositenk., Jerusalemstr. 63-65.

Das heilige Eigentum. Sozialismus „Rührmichnichtan“.

Das Bekenntnis, das der nationalsozialistische Theoretiker Dr. Feder am Donnerstag im Reichstag ablegte, „Uns kann man keine sozialistischen Tendenzen unterstellen“, verdient größte Beachtung. Denn in der Arbeiterkategorie agitieren die Nationalsozialisten noch heute so, als ob gegenüber der Sozialdemokratie sie die wirklichen und wahren Sozialisten wären. So liest man z. B. — ein Zitat unter Duhensden — im „Völkischen Beobachter“ vom Freitag, dem 5. Dezember, wörtlich:

„Herr Hörsting behauptet, das Reichsamt sei keine sozialistische Kampftruppe, nun, die SA ist die Kampftruppe für den deutschen Sozialismus.“

Goebbels hat sich in Berlin vor einiger Zeit folgendermaßen geäußert:

„Betragen von dem Glauben deutscher Nationalisten und Sozialisten, hingebungsvoll gepriesen von dem revolutionären Elan des deutschen Arbeitertums, steigt die nationalsozialistische Bewegung in unaufhaltsamem Siegeszug in die Millionenjahre hinein.“

Derselbe Goebbels wehrte sich jüngst dagegen, daß die Hugenberg-Presse die nationalsozialistischen Erfolge in Bremen und anderwärts als „bürgerliche Wahl Siege“ reklamierte, denn die Nationalsozialisten hätten „mit dem sinkenden Rißhaufen der bürgerlichen Parteien“ nicht das mindeste gemein.

Das klingt alles sehr antibürgerlich und revolutionär. Aber man verleihe dem Bekenntnis des Herrn Feder, wonach die Nationalsozialisten unverbrüchlich auf dem Boden des Privateigentums stehen, wobei sogar — trotz des Beschlusses gegen die „Bank- und Börsenfürsten“ — ausdrücklich auch dem Privatbankier gesellschaftliche Bedeutung und Schutz im Dritten Reich zugesagt wird.

Dieses doppelzüngige Wortspiel um den Sozialismus ist keineswegs neu. In ihrem von Feder verfaßten Programm von 1920, das als „unabänderlich“ bezeichnet wird, haben die Nationalsozialisten auch einen § 17, der von Grund und Boden handelt. In diesem § 17 wird die entschädigungslose Enteignung von Grund und Boden für gemeinnützige Zwecke als ein Ziel des Nationalsozialismus erklärt. Aber trotz der „Unabänderlichkeit“ des Programms ist dieser Punkt tatsächlich längst aufgehoben worden. Seit Jahr und Tag erscheint das Feder'sche Programm nur noch mit einer Fußnote zum § 17, in der Hitler persönlich eine „authentische Auslegung“ der Enteignungsforderung gibt. Und siehe da, Herr Hitler erklärt zur Beruhigung seines ländlichen Anhangs, daß die Nationalsozialistische Partei fest auf dem Boden des Privateigentums, namentlich auch des Privateigentums an Grund und Boden stehe. Die Enteignung beziehe sich nur auf ganz seltene Einzelfälle, auf „jüdische Grundstückspekulationsgesellschaften“ und dergleichen!

So läßt sich das ganze „sozialistische“ Programm Hitlers und Feders in Dunst auf, wo man irgendeinen Punkt unter die kritische Lupe nimmt. Sozialismus unter Behauptung des Privateigentums ist nämlich ungefähr dasselbe, wie Abschaffung der Todesstrafe unter Behauptung der Hinrichtung. Der angebliche Sozialismus der Nazis verliert sich in Maßnahmen gegen einzelne „Wucherer“, mit welchem Wort so etwa an die Vorstellungswelt der Schundromantiker appelliert wird. Dem wirklichen Wucher, der unter dem Kapitalismus im großen getrieben wird, dem Lohnwucher, Mietwucher, Brotwucher usw. geht der Nationalismus in keiner Weise zu Leibe, denn er beschützt ja seine Quelle, das Privateigentum.

Vom Standpunkt des Kapitalismus aus gesehen ist der nationale Sozialismus ein „Sozialismus rühr mich nicht an“. Er wäscht dem Privateigentum den Pels, ohne ihn nah zu machen, er erfindet die Quadratur des Kreises! Während man sich bisher sowohl auf sozialistischer wie auf kapitalistischer Seite wenigstens über die eine Grundtatsache im klaren war, daß nämlich der Sozialismus und das Privateigentum an Produktionsmitteln unvereinbare Gegensätze sind, daß also ein Wachsen des Sozialismus sich nur durch Einschränkung des Eigentums (sei es dem Begriff, sei es der Substanz nach) vollziehen kann, bekommt die nationalsozialistische Demagogie fertig, im gleichen Atemzuge dem Kapitalisten die Erhaltung seines Eigentums, dem Arbeiter einen angeblichen Sozialismus zu versprechen.

Es kann gar kein Zweifel sein, daß bei diesem Doppelspiel einzig und allein die Arbeiter die Betroge-

Kampf den Faschisten!

Die Sozialdemokratie stimmt gegen die Aufhebung der Notverordnung.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion beschloß am Freitagabend nach eingehender Aussprache die Mißtrauensanträge gegen die Regierung Brüning abzulehnen und gegen die Anträge auf Aufhebung der Notverordnung vom 1. Dezember zu stimmen.

Die Freitagssitzung des Reichstags hat noch einmal mit besonderer Eindringlichkeit den Ernst der politischen Lage gezeigt, in der sich Deutschland zur Zeit befindet. Mit dem endgültigen Ausscheiden des Justizministers Bredt aus der Reichsregierung hat sich das Fähnlein der Wirtschaftspartei vorbehaltlos dem Heerhaufen der Nationalsozialisten angeschlossen. Die Existenz dieser Partei der rücksichtslosesten Selbstinteressen ist an sich schon eine politische Groteske, die sich bisher noch in keinem anderen Kulturlande der Welt wiederholt hat. Die Vorgänge aber, die sich an ihr Ausscheiden aus dem Regierungslager knüpfen, hat die Wirtschaftspartei vollends der Lächerlichkeit ausgeliefert. So war es nur selbstverständlich, daß die moralische Ohrfeige, die Reichskanzler Brüning dieser Partei am Freitag zu Beginn seiner Ausführungen gab, fast vom ganzen Hause als wohlverdient angesehen wurde.

Dieses tragikomische Zwischenstück darf aber nicht über die wirkliche Situation täuschen. In zwei Punkten wird Herr Dr. Brüning unbedingt zugestimmen sein: daß einmal die Ordnung der öffentlichen Finanzen die Voraussetzung für alle sozialen und wirtschaftlichen Leistungen ist und zum anderen die Parteien bei ihrer Entscheidung am Sonnabend eine außerordentlich schwere Verantwortung zu tragen haben.

Die Verantwortung wofür? Die bürgerlichen Parteien mögen unter dieser Verantwortung das Eintreten für den Staat meinen, wie sie ihn sich denken. Die Sozialdemokratie trägt die Verantwortung nicht allein für den Bestand des republikanischen Staates, sondern mit dem Staatsgedanken verbindet die Sozialdemokratie unlösbar die Sorge um das Schicksal des arbeitenden Volkes.

Der neue nationalsozialistische Block, der sich aus Nationalsozialisten, Deutschnationalen und Wirtschaftspartei zusammensetzt, verkörpert politisch, sozialpolitisch und wirtschaftlich die nackte Reaktion. Ihn zur Macht kommen zu lassen, würde nicht nur den politischen und wirtschaftlichen Zusammenbruch bedeuten, sondern auch die restlose Beseitigung aller Rechte, die sich die arbeitende Klasse in jahrzehntelangen opfervollen Kämpfen erobert hat. Es geht um die Erhaltung der Kaufkraft des deutschen Proletariats. Es gilt aber zugleich auch, die Voraussetzungen für einen weiteren Aufstieg zu schaffen, dessen Ziel die Überwindung des kapitalistischen Wirtschaftssystems ist und bleibt.

Aus diesen Erwägungen heraus ist die sozialdemokratische Reichstagsfraktion am Freitag zu dem Entschluß gekommen, die Mißtrauensanträge gegen die Regierung Brüning abzulehnen und gegen die Aufhebung der Notverordnung vom 1. Dezember zu stimmen. Was sie im Interesse des arbeitenden Volkes an Änderungen an dieser Notverordnung für erforderlich hält, wird sie mit allen Mitteln auf dem Wege der Initiativegesetzgebung durchzuführen versuchen. Die erforderlichen Anträge sind dem Reichstag bereits zugegangen.

Abstrafung der Hafent Kreuzler.

Schneidige Angriffsrede des Genossen Lisse im Reichstag.

Für die sozialdemokratische Reichstagsfraktion ergriff am Freitag in der fortgesetzten Statedebatte Abg. Lisse-Berlin das Wort. Es kam Leben ins Haus, als er das Wort nahm. Er warf zunächst den Kommunisten vor, daß sie mißfällig seien an den Notständen in der Arbeitslosenversicherung. Die Kommunisten hätten vor einem Jahre gemeinsam mit den kapitalistischen Parteien die Beitragserhöhung in der Arbeitslosenversicherung niedergestimmt. Nicht zuletzt dadurch sei Deutschland in die Finanznot hineingeraten, die dem Reichkanzler den Rath zur Anwendung des Artikels 48 gebe. Rußland könne für die deutschen Arbeiterverhältnisse gar nicht in Betracht gezogen werden.

Dann wandte sich Lisse in einer erfassend natürlichen Sprache gegen die Nationalsozialisten. Erst waren nur einige Nazis im Saale. Bald aber füllte sich die nationalsozialistische Fraktion auf und verjagte Lisse niederzuschreien. Seine robuste Natur und durchdringende Stimme machten aber diesen Versuch unmöglich. Lisse entlarvte den Abgeordneten Feder als einen Fälscher.

Abg. Lisse (Soz.):

Wenn Abg. Stöcker gestern gesagt hat in der Sozialdemokratischen Partei bestehe ein Ausschüttungsprozeß, so ist ein solcher Prozeß allerdings vorhanden, aber lediglich in den Köpfen der kom-

munistischen Reichstagsfraktion. (Heiterkeit.) Schröder-Wertheburg hat angekündigt, er werde über die Arbeitslosigkeit in der Sowjetunion sprechen. Er hat aber lediglich ausgeführt, in welcher Zeit würden in Rußland 2 Millionen Arbeitslose beschäftigt oder umgeschult werden. Auf Dinge, die einmal werden, kann man gar nichts geben. Sie hätten uns erklären müssen, was in der Sowjetunion wirklich ist. Sie haben behauptet, in Rußland sei die soziale Lage der Arbeitslosen verbessert worden.

Bisher haben wir von Ihnen immer nur gehört, daß es in der Sowjetunion überhaupt nichts zu verbessern gäbe. Es ist immerhin ein Fortschritt, wenn Sie eingesehen, daß auch in Rußland Verbesserungen noch möglich sind!

Schröder hat auch heute kein Wort darüber gesagt, was getan werden soll, um die Verschlechterungen durch die Notverordnung zu verhindern. Als mir im Dezember 1929 die Beitragserhöhung auf 4 1/2 Proz. forderten, haben

die Kommunisten dagegen gestimmt; sie tragen also die Mitverantwortung, wenn die Arbeitslosenversicherung in diese Verhältnisse gekommen ist.

Sie sprechen auch davon, daß jederzeit Bestrebungen nach der Tribunalperre gegen die Reichsanstalt gewesen seien. Im Sozialpolitischen Ausschuss haben alle von den Deutschnationalen bis zu den Demokraten dafür gestimmt, daß die jederzeit gewährten Kro-

nen sind. Sucht man in der Debatte mit Nationalsozialisten einmal festzustellen, was sie denn nun wirklich unter „Sozialismus“ verstehen, so stellt sich bald heraus, daß sie nichts anderes im Auge haben als — die Abschaffung einiger trasser Auswüchse des Kapitalismus. Dem „ehrlichen und anständigen“ Kapitalisten solle kein Haar gekrümmt werden, lediglich die Wucherer und Schieber mölle man aufs Korn nehmen! Dabei wird freilich verschwiegen, daß noch kein Wucherergericht, kein Wucherparagrah bis heute die Grenze hat festlegen können, bei der der „ehrliche“ Gewinn aufhört und der Wucher anfängt.

Schließlich stellt sich heraus, daß die Nationalsozialisten unter „Wucher“ lediglich den Geldzinswucher verstehen. Fragt man sie einmal nach dem Schutz des Mieters gegen Mietzinswucher, so ist das „ganz was anderes“. Ebenso

lehnen sie es ab, den ländlichen Pächter gegen den Pachzinswucher des Großgrundbesitzers zu schützen. Ihren wahren Charakter als arbeitereindliche Kleinbürgerpartei enthüllen sie durch ihren Kampf gegen die Konsumgenossenschaften. Auf Grund ihres Antiwucherprogramms müßten die Nazis an sich verpflichtet sein, die Selbsthilfebestrebungen der Verbraucher gegen Wucherung durch den Kleinhandel lebhaft zu unterstützen. Aber umgekehrt! Schützend stellen sich die Nazis vor den Lebensmittelmäher und bekennen sich offen zu dem Ziel, die preisregulierenden und preislenkenden Konsumgenossenschaften zu zerbrechen.

Der gesamte angebliche „Sozialismus“ der Nazis entpuppt sich mithin als ein Gemengel betrügerischer Phrasen. Ihr wirkliches Ziel ist der Schutz des kapitalistischen Privateigentums und der Verträge sich mit sozialistischen Zielen wie Wasser mit Feuer!

Goebbels leitet Theaterkrach
Stinkbomben und Mäuse gegen den Film „Im Westen nichts Neues“

Die Nazis haben den Herrn Goebbels haben sich mit dem Vorgehen Hugenberg...

Die Nationalsozialistischen Störungsversuche waren wohl vorbereitet. Dr. Goebbels hatte sich persönlich bemüht...

Die Nationalsozialistischen Störungsversuche waren wohl vorbereitet. Dr. Goebbels hatte sich persönlich bemüht...

Ein Augenzeuge berichtet folgendes: Zu der um sieben Uhr beginnenden zweiten Vorstellung hatten sich zahlreiche Nationalsozialisten eingefunden...

Kommunisten auf der Straße. In anderen Stadtteilen, besonders am Bülowplatz, am Alexanderplatz, in Neukölln und am Wedding fanden kommunistische Ansammlungen statt...

mehrere Schaufensterscheiben eingeworfen wurden, bedrohlichere Formen an. Der Alexanderplatz und seine nähere Umgebung wurden mehrfach geräut.

Als ein Polizeikommando die Linienstraße räumen wollte, wurden aus einem Fenster des Hauses Nr. 21 mehrere Pistolenkugeln auf die Beamten abgegeben.

In der Münzstraße, der Weinmeisterstraße und der Schönhauser Straße wurde gegen 1/22 Uhr der Versuch gemacht, kommunistische Sprechchöre zu bilden.

Reichsbahn senkt Zeitkartenpreise herab. Aber nicht im Stadt-, Ring- und Vorortverkehr.

Mit Wirkung vom 1. Januar 1931 senkt die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft um 5 Proz. die Einheitsätze für Zeitkarten...

Weihnachtsmarkt und Straßenhandel.

Der Weihnachtsmarkt findet in diesem Jahre in der Zeit von Donnerstag, den 11., bis Freitag, den 26. Dezember einschließlich statt...

Keine Feste der Stadt. Die allgemeine Kollage hat den Magistrat bereits seit längerer Zeit veranlaßt, Empfindung auf des äußerste einzuschränken.

Seine Repräsentationspflichten in einer der Rot der Zeit angepaßten Form auszuüben und grundsätzlich Empfänge, die mit Bewirtung verbunden sind...

Giftgas im Nebel?

43 mysteriöse Todesfälle in der Gegend von Lüttich

Sechzehn Personen im Alter von 30 bis 70 Jahren sind in der Gegend von Engis bei Lüttich auf mysteriöse Weise gestorben.

Nach den letzten Erkundigungen sollen die Todesfälle in der Umgebung der Stadt tatsächlich auf den dichten Nebel zurückzuführen sein...

Erneuter Antrag für Bullerjahn.

Im Falle Bullerjahn hatte Rechtsanwalt Dr. Kurt Rosenfeld erneuert den Antrag gestellt, den Beschluß auf sofortige Zurückführung Bullerjahns in das Zuchthaus in Brandenburg aufzuheben...

Student und Politik.

Die Ortsgruppe Berlin der Sozialistischen Studentenschaft Deutschlands und Österreichs veranstaltet am Dienstag, dem 9. Dezember, abends 8 Uhr...

Geisteskranker im Büro des Reichspräsidenten.

Im Büro des Reichspräsidenten in der Wilhelmstraße erschien gestern nachmittag ein Mann, der wütende Reden führte und sich den Beamten als „Reichskanzler Müller“ vorstellte...

Advertisement for 'Unternehmer' magazine featuring names W. Seemann and G. Wöhle. Text includes: 'In dieser Zeit gingen Tausende und aber Tausende von Kindern abends hungrig zu Bett...' and 'Wirklich, eine tolle Zeit!'

gehabt, das Schreiben mit dem Gerichtstempel näher anzusehen. Etwas Gutes konnte es ja doch nicht sein. Da war es am besten, er wartete mit der Erledigung noch eine Woche...

Luisa, die er zärtlich liebte, seitdem seine Schwiegermutter es in geschickter Weise verstanden hatte, ihm Interesse für das Kind abzugewinnen. Unauffällig ging es abwärts. Die Not stieg im Hause...

Die Sicherheit der Straße. Eine Verkehrsausstellung in der Hasenheide.

„Die Sicherheit der Straße“ betitelt sich eine Verkehrsausstellung, die im preussischen Polizeiministerium für Technik und Verkehr in der Hasenheide eröffnet wurde.

Der Präsident des Polizeiministeriums für Technik und Verkehr, Paeisch, begrüßte die zur Eröffnung der Ausstellung erschienenen Gäste und erwähnte, daß die Sammlung über den ursprünglichen Lehrzweck, der polizeilichen Ausbildung zu dienen, weit hinausgewachsen sei. Studierende, zahlreiche Vertreter in- und ausländischer Behörden, besonders Sachbearbeiter für das Verkehrswesen, sowie die Verkehrsreferenten Preußens und anderer deutscher Länder hatten bereits Gelegenheit, die Ausstellung zu sehen. Die Polizei müsse auf diesem Gebiete mit allen in Betracht kommenden Stellen zusammenarbeiten, alle Anregungen, die der Unfallverhütung dienen, zur Kenntnis nehmen, und ihrerseits diese Anregungen in entsprechend verarbeiteter Form weitergeben. Polizeimajor Langenscheidt erläuterte die Gliederung der Ausstellung. Die Innenräume enthalten, übersichtlich geordnet, zahlreiche Tabellen, Modelle, Versuchsobjekte usw., die das gesamte Gebiet des Straßenverkehrs betreffen. Ausgehend vom Verkehrsrecht, über die Verkehrsverwaltung zur Verkehrspolizei, ihren technischen Hilfsmitteln und ihrer Ausbildung, wird die Unfallverhütung, das Straßenbauwesen, die Verkehrsmittel, die eigentliche Verkehrstechnik und die polizeiliche Unterordnung von Verkehrsunfällen gezeigt. Die Ausstellung auf dem Freigelände enthält eine fast vollständige Sammlung aller Fabrikate von Verkehrsschildern. Alle Arten und Ausführungen, angefangen vom einfachen emaillierten Farbenschild über hellleuchtende Rückstrahler, bis zu Schildern mit eigener Lichtquelle, stehen hier, seit Jahr und Tag der Bitterung ausgesetzt, zur vergleichswelken Erprobung der Haltbarkeit und Wirksamkeit nebeneinander. Auf dem Hof des Instituts wurden sodann Brems-, Anfahr- und Schleuderversuche zum Kennzeichnen der Wechselwirkung zwischen Fahrzeug und Fahrbahn gezeigt. Dabei ergab sich die interessante Tatsache, daß Beschleunigungen des Bremsweges durch die Fahrzeuginsassen nur mit besonderer Vorsicht zu bewerten sind. Endlich wurden durch einen Versuch auf einer durch Öl schlüpfrig gemachten Fahrbahn die Ursachen des Schleuderns erläutert. Zum Schluss führten Dr. Müller und Dr. Lubrich, wissenschaftliche Assistenten des von Professor Ach geleiteten psychologischen Instituts einige Versuche in der im Polizeiministerium untergeordneten Forschungsstelle vor. Aus der zahlreichen Reihe der Versuche wurden das „Ablenkungssehen“, „Unterstützungen über Sperrzeichen“ und das „Problem der Strecksekunde“ herausgegriffen.

Die Ausstellung soll durch ständige Verbesserung ohne Inanspruchnahme eines größeren Raumes und weiterer Geldmittel ständig ausgebaut werden.

Politische Plakate.

Die Deutsche Hochschule für Politik veranstaltet in ihren Räumen Schinkelplatz 6 eine Ausstellung politischer Plakate, die wieder recht beachtenswert ist. Es ist dies die dritte politische Plakatshow, die von der Hochschule für Politik gezeigt wird, wenn sie auch nur geringen Umfang hat — es sind nur Plakate aus dem letzten Wahlkampf zu sehen —, so bringt sie dem politisch Interessierten doch manche Anregungen und vor allem Vergleichsmöglichkeiten; besonders aber, und dies gilt für die Mehrheit der Plakate, die besten Beispiele, wie ein wirksames politisches Plakat nicht aussehen soll. Ein bestimmtes, bei allen Parteien wiederkehrendes Motiv — wie man bei den englischen Wahlplakaten beobachten konnte, die im Juni vergangenen Jahres an der gleichen Stelle gezeigt wurden und auf denen das Problem der Arbeitslosigkeit und das Werben um die Stimmen der jungen, jenseits erst wahrnehmbar gewordenen Frauen vorherrschend war — fehlt hier ganz. Ueberhaupt fällt der Vergleich mit den englischen Plakaten nicht gerade zugunsten der deutschen aus. Bei den Engländern war Bild, Spot, Satire vorherrschend; Benutzung der gegnerischen Parteiführer, die selten in persönliche Gehässigkeiten ausartete, wie das bei uns der Fall ist. Bestes Beispiel dafür ein Plakat der Nazis, das Photos ihrer eigenen und gegnerischer Parteiführer aufweist. Die eigenen Leute werden in einer widerlichen und etelhaften Weise als Helden und Heilige verherrlicht, während die anderen alle Schieber und Verräter sind. Uebrigens: manche der Herren Nazis würden auch im Semi-Gotha nicht auffallen.

Die Ausstellung bleibt nur bis Freitag geöffnet, nächste Woche folgt dann eine Ausstellung von Plakaten aus dem letzten österreichischen Wahlkampf.

Reichsbanneraufmarsch in Neukölln.

Am Sonntag, dem 7. Dezember, veranstaltete das Reichsbanner im Rahmen einer vierzehntägigen Werbeweche einen Aufmarsch. Die Reichsbannerkameraden treten um 14 Uhr am Ringbahnhof Neukölln an und marschieren dann zur Großsiedlung Britz. Dort wird um 16 Uhr am Aufsehen der Landtagsabgeordnete Harnisch sprechen. Am 12. Dezember veranstaltet das Reichsbanner eine republikanische Festsitzung bei Riems. Ganzvorsichtiger Stellung hält dort die Ansprache.

25 Jahre Autofeuerspritze. Ein Jubiläum der Berliner Feuerwehr.

Nach vor dreißig Jahren waren in Berlin bei Bränden vielfach die Handdruckspritzen im Gebrauch, wobei auf jeder Seite sechs Mann die Pumpenschwengel bedienten. Zuweilen ließ sich zu diesem Gefäß auch ein neugieriger Zuschauer anwerben, der dann für seine Hilfeleistung eine Mark einheimste.

Im Jahre 1830, also vor hundert Jahren, wurden in England die ersten Dampfspritzen von den beiden Engländern Braithwaite und Ericson gebaut. Berlins erste Dampfspritze war noch englischer Herkunft und trat im Jahre 1876 zum ersten Male in Tätigkeit. Im Jahre 1882 war es soweit, daß jede Kompagnie mit einer Dampfspritze ausgerüstet war. Das Heizen der Spritzen mit Holz und Kohle aber, bis die notwendige Dampfkraft vorhanden war, erforderte etwa zehn Minuten — für die Feuerwehr eine lange Zeit. Um sie abzukürzen, probierte man es mit der Petroleumheizung; sie erwies sich so vorteilhaft, daß sie nach und nach eingeführt wurde. Am 2. November 1905 konnte die erste Automobil-Dampfspritze eingeführt werden. Die Dampfkraft, die bisher nur zur Löscharbeit diente, wurde jetzt auch zum Antrieb für das Fahrzeug benutzt. Die Automobilspritze erhielt einen Dampfkessel mit Petroleumheizung; eine bedeutende Vereinfachung, eine wesentliche Abkürzung des Heizverfahrens und eine erhöhte Betriebsbereitschaft war damit erreicht. Es war eine heisse Sache, als man es unternahm, mit ihr unter eigener Dampfkraft die Straße von Baugen, ihrem Geburtsort — nach Berlin zurückzulegen; aber es ging alles gut, und es wurde eine Geschwindigkeit von 25 Kilometer in der Stunde trotz schlechten Strohpflasters und trotz Fahrtunterbrechungen erreicht.

Der erste vollständige Automobillöschzug mit Gasspritze, Gerätemagen, mechanischer Leiter und Dampfspritze ist in Berlin im Jahre 1908 eingeführt worden. Nur wenige Jahre dauerte es, so wurde der Löschbetrieb abermals durch eine weitere wichtige Neuerung verbessert: an Stelle der Dampfspritze trat nämlich die Motorspritze. Die Gasspritze wurde dadurch aber nicht überflüssig. Bevor die Motorspritze ihre sehnlichst erwartete Löscharbeit beginnen kann, muß sie erst mit einem Hydranten verbunden sein und weil ihre Schläuche erst ausgelegt sein wollen, ehe sie Wasser geben kann, tritt die Gasspritze in Tätigkeit. Diese besteht aus zwei auf dem Fahrgestell angebrachte Wasserbehälter mit 400 Litern Inhalt. Die Wasserlöcher stehen mit zwei Kohlen säureflaschen durch dünne Kupieröhren in Verbindung; es dringt beim Dehnen der Flaschen die Kohlen säure unter starkem Druck in die Wasserbehälter und treibt das Wasser in den Schlauch. Der Hauptzweck dieser Spritze besteht also darin, sofort am Brandherd Wasser zu geben, bevor die Motorspritze in Funktion tritt.

Die Motorspritze besteht aus einer Rundlaufpumpe, die in der Minute etwa 2000 Liter Wasser gibt. In ihrer Handhabung ist ein Motor mit Benzolantrieb eingebaut, der erst an der Brandstelle angelassen wird. Das Fahrzeug selbst wird auf elektrischem Wege fortbewegt. Infolge ihres verhältnismäßig kleinen Umfanges ist die Pumpe unter dem Fahrgestell eingebaut, so daß auf dem Fahrzeug Leitern, Geräte und Mannschaften Platz finden können. Bei der Dampfspritze war dieses nicht möglich, weil der große Kessel mit der Pumpe für sich den größten Raum beanspruchte. Die neueste Motorspritze ist gleichzeitig Gasspritze.

Funkwinkel.

B. D. Somin las am Nachmittag eigene Werke. Eine größere, novellistisch gerundete Skizze zeigte scharfe Beobachtungsgabe und prägnante Ausdrucksfähigkeit. Aber was war beobachtet, was aufgezeichnet? Ein sich selbst betrachtendes Ich, das inmitten der eigenen engen Gefühlswelt sich als Mittelpunkt der Welt empfindet. Nichts, was jenseits dieses Ich-Bereichs sich bewegt, wurde in der Skizze lebendig. Ein großer Kreis junger Schriftsteller unserer Zeit schreibt ähnlich. Ihre Werke können höchstens denen interessant sein, die ihresgleichen sind. Nur wer sich als Teil der Menschheit, als Teil seiner Zeit fühlt, kann zur Menschheit sprechen. Gless Köppen betonte zwar, fast ein wenig verwundert, in der Einführung zur „Stunde der Unbekannten“ — die den nicht ganz glückselig gewählten Oberbegriff „Das Podium“ trägt —, daß die verheißungsvollsten dichterischen und schriftstellerischen Arbeiten, die ihm zugehört werden, meist von Leuten stammen, deren Beträge in einer ganz anderen Richtung als der des Schriftstellers liegen. Man hörte u. a. eine Skizze „Der Ritt im Gewitter“ eines Arbeiters aus München-Grudbach, eine podende, lebendige Schilderung; Verse wurden rezitiert, deren Verfasser Büroangestellte waren. Eine sehr reife Arbeit „Interview mit einem Grubenpferd“ stammte von einem Schüler. Dieser junge Mensch hat mit künstlerischer Eindringlichkeit Probleme vom Leben und Lebenskampf gefaßt — was man von anerkannten jüdischen Dichtern heute nicht allzu oft behaupten kann.

und Mannschaftswagen, ihr Motor dient zugleich für den Fahrzeugantrieb.

Es war ein langer Weg vom Handdruckbetrieb bis zur Motorspritze, und die Feuerwehr steht heute technisch in höchster Entwicklung da.

Weihnachtsfeier der religiösen Sozialisten. Genosse Maxime Bieker sprach am Samstagabend Sonntag, 7. Dezember, 10 Uhr, im Rahmen einer religiösen Festsitzung in der Teufelsdröckchen, Charlottenburg, Karl-Marx-Allee, über das Thema: „Die Bitte für den Weltfrieden“. Am Sonntag, 14. Dezember, 17 Uhr, findet die Weihnachtsfeier im Reichischen Hall, Charlottenburg, Berliner Str. 13, statt. Im Mittelpunkt steht die Rede des Genossen Bieker. Gesangsbeiträge, Ueberrassungen. Eintritt 60 Pf. Kinder unter 10 Jahren haben freien Zutritt. Weihnachtsauskünfte erteilt B. Schönberr, 1. Berghäuser, Berlin-Stettin, Schönberr Str. 14. Telefon Stettin 8174.

Allgemeine Wetterlage.



Ein kurzer Entschluss

ist der Kauf von Salamander-Schuhen,
denn sie erfüllen alle Anforderungen:

Tadellose Paßform
Beste Verarbeitung
Große Preiswürdigkeit



SALAMANDER

Zwischenbemerkung zum Preiskampf

Der Druck auf die Kleinhändler. — Tatsachen und falsche Fronten.

Die Bemühungen um den Abbau der Preisse richteten sich bisher zum größten Teil auf den Einzelhandel.

unnötigen Verbitterung entgegenwirken können, ohne dem Ziele der Preisentung Abbruch zu tun.

Der Kleinhändler verfügt wie der kleine Handwerker und der kleine Bauer über nur wenig umfangreiche eigene Produktionsmittel.

Nach der Betriebszählung von 1925 wurden in Deutschland im Handel 3 116 000 Menschen beschäftigt, davon fast die Hälfte — nämlich 1 429 000 — im Einzelhandel.

Die wirtschaftliche Lage der Kleinhandelsunternehmungen

hat sich, verglichen mit der Vorkriegszeit, durch drei wesentliche Momente stark zu ihren Ungunsten verändert:

- Der Gesamtwert hat sich dem realen Wert nach kaum vergrößert.
Der Wettbewerb der Großunternehmen des Einzelhandels ist bedeutend verschärft.
Die Zahl der Kleinhandelsunternehmungen hat sich stark vermehrt.

Ein Punkt verdient besondere Hervorhebung: Während die Großunternehmen der Industrie, die Großbanken, der Großhandel, die Verkehrsunternehmen usw. ihre Betriebe rationalisiert haben und durch Unterlassung der Warenperbilligung Arbeitsträfte zu Hunderttausenden freigesetzt, ist eine ähnliche Rationalisierung beim einzelnen Kleinhandelsbetrieb, wo fast nur die lebendige Arbeitskraft und keine Maschinen vorhanden sind, so gut wie unmöglich.

Dazu kommt die besondere Art der Preisabbau-politik der Brüning-Regierung, die stark ist in der Richtung der Schwachen, und schwach in der Richtung der Starcken: vom Zinsabbau der Banken hat man noch nichts gehört.

Das alles läßt sich zugunsten des Kleinhandels anführen, wenn er der Preisentung mit mehr als gemischten Gefühlen gegenüber steht.

Dennoch aber wären die Käufermassen im Recht.

wenn sie etwa sagen würden: wenn der Kleinhandel in solcher Weise überflutet ist und schon aus diesem Grunde der Preisabbau in Frage gestellt wird, so müssen eben in Deutschland einige hunderttausend Kleinhandelsunternehmungen verschwinden, damit sich der Rest bei vergrößertem Umsatz mit einem kleineren Gewinn begnügen kann.

In allen diesen Dingen steht der Kleinhandel, der mit der Kaufkraft der Massen ja auf Geduld und Geduld verbunden ist.

in einer falschen Front.

Die Unternehmer geben ja heute zu, daß sie durch Fehldispositionen bei der Kapitalanlage selbst zum großen Teil an der Krise schuld sind. Also sollte der Kleinhandel mit den Arbeitern, Angestellten und Beamten darum kämpfen, daß die Industrie die Verluste aus diesen Fehldispositionen nicht in Form von Lohnabbau und hochgehaltenen Preisen auf den Arbeiter und den Kleinhandel abwälzt.

Das ist im Augenblick, angesichts der Willensarbeitlosigkeit, die die Arbeiterklasse politisch schwächt, in der Tat nur möglich dadurch, daß sich der Kleinhandel dem Preisabbau auch dann nicht entzieht, wenn er zunächst seinen eigenen Vertrieben etwas entgegen bringt.

Der Kern aller Sorgen des Kleinhandels liegt ja gar nicht in der ungenügenden Preishöhe, sondern in ungenügendem Umsatz. Würden die Preise auf das Doppelte erhöht, so wären in 8 Tagen 80 Prozent aller Kleinhändler pleite.

Es ist also eine total verkehrte Situation und der Kleinhandel steht in einer vollständig falschen Front, wenn seine Millionen nicht mit den Arbeitern, Angestellten und Beamten, sondern mit den Hausbesitzern und den Kartellherren aller Art gegen die Arbeiterchaft zusammenwirken.

Der Ruhrskandal.

Der Aufsichtsrat der RWE. nimmt das ABE-Angebot an

Wie aus Dortmund gemeldet wird, hat der Aufsichtsrat der Vereinigten Elektrizitätswerke Westfalen der Betriebsgemeinschaft mit der Rhein-Westfälischen Elektrizitätswerke A.-G. zugestimmt und beschlossen, das Angebot des RWE. anzunehmen.

Die überstürzte Annahme des Angebots, vor der wir gestern noch mit Nachdruck warnten, ist also doch erfolgt. Mit der Annahme des Angebots scheint es also dem bei den Verhandlungen ausschlaggebenden Oberbürgermeister Eichhoff von Dortmund auch sehr leicht zu haben. Das dürfte kein Grund für die Annahme sein, daß Herr Oberbürgermeister Eichhoff vollständig guten Glaubens und reiflos reinem Gewissens gehandelt hat.

Bei der Gründung der A.-G. und den Beschlüssen über die Kapitalerhöhung war es den Herren Krone und Fischer sehr darum zu tun, schnell beim RWE. unterzuschlüpfen. Sie sind bei diesem Versuch gescheitert. Die Eile des Oberbürgermeisters Eichhoff in der gleichen Richtung kann uns nicht gefallen. Was für auf Anstellungsvortrag tätige Direktoren noch erlaubt sein mag, geht nicht für einen Mann, der als Oberbürgermeister im öffentlichen Leben steht und der Gesamtwirtschaft in besonderen Maße verpflichtet ist.

Zweifellos hat Herr Eichhoff als Vorsitzender des Aufsichtsrats versagt. Der Gedanke liegt leider sehr nahe, daß er von der Tätigkeit der Herren Krone und Fischer schon früher Kenntnis hatte als erst in den letzten Tagen. In das Statut der A.-G. ist von neuem der Passus aufgenommen worden, und zwar wieder gegen den Protest der sozialdemokratischen Vertreter, daß die Anstellungsverhältnisse der Direktoren eine Angelegenheit des Aufsichtsrats vorliegendem allein ist. Es muß auch auffallen, daß die bisher vorgenommenen Revisionen so absolut unzuverlässig gewesen sein sollen. Die Hintergründe dieser sensationellen Privatfälschung müssen also auch hinsichtlich der Funktion des Oberbürgermeisters Eichhoff als Aufsichtsratsvorsitzenden noch durchleuchtet werden.

Mit der Zustimmung des Aufsichtsrats zu dem Vertrag tritt der Zustand ein, daß die RWE. formell selbstständig bleiben. Das geschieht, obwohl die Einnahmen der RWE. als RWE. fließen werden, offenbar zu dem Zweck, die Steuervorteile der nur juristisch öffentlich bleibenden RWE. ausreicht zu erhalten. Praktisch liegt natürlich, wenn die Betriebsführung beim RWE. erfolgt und die Einnahmen an diese fließen, eine Verjüngung vor. Wenn es auch noch fraglich erscheint, ob die Quasi-Selbstständigkeit der RWE. steuerlich durchzuhalten ist, so muß doch das Ziel verfolgt werden, den kommunalen Einfluß entsprechend dem Wachstum des RWE. in der RWE.-Verwaltung auch vollständig zum Ausdruck zu bringen. Die Wahrung der RWE.-Interessen etwa durch Herrn Oberbürgermeister Eichhoff kann absolut nicht genügen.

Großwerft in der Krise.

Blohm & Voß A.G. hält seine Dividende.

Als erste Großwerft veröffentlicht jetzt die Blohm u. Voß A.-G. in Hamburg ihren Abschluß für das Geschäftsjahr 1929/30. Die günstigen Abschlußergebnisse wie auch die noch vorhandenen Auftragsbestände bei diesem Unternehmen zeigen, daß die führenden Hamburger Werften von der anhaltenden Krise im deutschen Schiffbau bisher weit weniger betroffen worden sind als die Bremer Schiffbaunternehmungen.

Der Betriebsüberschuh bei Blohm u. Voß weist sogar mit 3,83 Millionen Mark gegenüber dem Vorjahr die beträchtliche Steigerung um eine volle Million auf. Der ausgewiesene Reingewinn liegt mit 573 000 M., nur wenig über dem Ergebnis von 1929, da die Gesellschaft eine starke Heranziehung ihrer Abschreibungen auf 1,12 gegen 0,99 Millionen Mark vorgenommen hat. Die Dividende bleibt mit 5 Proz. unverändert. Die Betriebsergebnisse bei Blohm u. Voß haben sich also trotz der im Schiffbau besonders verschärft auftretenden Krise noch ganz bedeutend verbessert. Allerdings wurde diese Entwicklung im letzten Jahre durch die Abwicklung mehrerer Großaufträge, so der Fertigstellung des Riesendampfers „Europa“ für den Norddeutschen Lloyd, den Umbau des „Columbus“ und der vier Dampfer der „Ballin-Klasse“ besonders beeinflusst.

Infolge der Erledigung der Großbauten hat sich auch der Bilanzposten „In Arbeit befindliche Schiffe“ von 60,5 auf 41,6 Millionen erheblich verringert, jedoch muß dieser Auftragsbestand von über 40 Millionen im Hinblick auf den herrschenden Arbeitsmangel im Schiffbau als verhältnismäßig sehr gut bezeichnet werden.

Dividendensenkung bei Stollwerk.

Die Gebrüder Stollwerk A.-G. in Köln weist für das am 30. Juni abgelaufene Geschäftsjahr 1929/30 einen Reingewinn von rund 800 000 Mark gegen 1,52 Millionen Mark im Vorjahre aus. Die Dividende wird von 9 auf 3 Proz. herabgesetzt.

Da das Unternehmen im letzten Jahre noch verhältnismäßig gut beschäftigt war, dürfte die Dividendensenkung kaum auf die Wirtschaftskrise zurückzuführen sein, sondern eher mit den Aufkäufen der Reichardt-Werke in Wandsbek und der Schokoladenfabrik Gaedde zusammenhängen. Diese beiden Unternehmungen hat die Stollwerk-Gruppe im Sommer dieses Jahres von dem Margarinetrust erworben. Wenn auch sicher ist, daß der größte Teil der aus Amerika erhaltenen Freigabegelder, die Stollwerk sich im vergangenen Jahr reserviert hatte, für den Ankauf eingesetzt wurde, so dürften doch noch größere Beträge auslaufenden Betriebsgewinnen hierfür in Anspruch genommen sein. Die sehr schmelzige Stollwerk-Verwaltung wird wahrscheinlich auf der Generalversammlung über diese Frage ihren Aktionären Rede und Antwort stehen müssen.

Skandale um die Osthilfe.

Preisabbaufragen im Hauptausschuß des Landtages.

Bei Beratung der sozialdemokratischen großen Anfragen und des Antrags betreffend die Rüstungsindustrie bei der Ostpreußenhilfe versuchten die Abg. v. Plehwe (Dn.) und Graf Ranitz (DfP.) die vom Genossen Weidemann im Landtag vorgebrachten Ziffern über die ungeheure Bevorzugung des Großgrundbesitzes und die vielfach betrügerischen Lagen mit den daraus resultierenden Millionenverlusten dadurch zu entkräften, daß sie sich auf Angaben des Landesbauptmanns und der Ostpreußischen Landschaft bezogen.

Staatssekretär Krüger betonte demgegenüber, daß nach Kenntnis der Regierung die Darstellungen des Abg. Weidemann und die von Staatskommissar Rönneburg öffentlich genannten Zahlen zutreffend sind. Genosse Weidemann erweiterte die Reihe der

Beispiele skandalöser Umschuldungen

u. a. durch den Fall von Auer-Goldschmidt. Dieser frühere Majoratsherr verkauft auf dem Papier für eine Million Holz, kauft für 2 Millionen Wald von dem Grafen von Voß-Dölzig, ja sogar eine Gewehrfabrik von dem Magistrat Danzig. Für diese Geschäfte gelobte er Kneufelder von 1 150 000 M. Um diesen Verpflichtungen zu entgehen, ließ er hinter 227 000 M. eine Grundschuld von 200 000 M. zugunsten des Stammshalters eintragen. Er erhielt darauf aus der Ostpreußenhilfe 130 774 M.! Ein wahrhaftiger Samierungswürdiger Vandal!

Wie wenig vertrauenerweckend Angaben der Ostpreußischen Landschaft sind, zeigen die Praktiken des von Herrn von Hippel geleiteten Instituts. Aus dem Goldkontofidienten, die dem Bedarf des ostpreußischen Grundbesitzes längst nicht genügen, nahm Herr von Hippel selbst einen billigen Kredit, um angeblich 24 000 M. Schulden bei der Landschaft und 20 000 M. bei seiner Frau (!) abzuschließen und erwarb dann das Gut Bischofau.

Der Generallandschaftsrat und Landesökonomierat Roszitzkeinen erhielt 90 000 M. aus dem Goldkontofidienten, um eine Erbhyphothek seines Sohnes abzuschließen, nämlich jedoch diese Summe zu 10 Proz. auf 1 1/2 Jahre meiter.

(„Königsberger Volkszeitung“ Nr. 276.) Diese unglaubliche Rüstungswirtschaft macht dringend das energische Eingreifen der staatlichen Aufsichtsbehörde notwendig.

Der Ausschuß beschloß, eingehendes Zahlenmaterial von der Staatsregierung zu fordern. Ein Antrag der Deutschnationalen auf ausschließliche Verteilung der Staatsmittel zur Förderung der Landwirtschaft durch die Landwirtschaftskammern lehnte der Ausschuß ab.

Preisabbau und Preispannen.

Handelsminister Schreiber erklärte, daß ein Preisabbau auf allen Gebieten nur Theorie sei. Immerhin sei eine Senkung der Preise in „beschränkter Ausmaße“ erfolgt. Der Gesamtlebenshaltungszindex sei von 154,4 auf 143,5 Proz. seit dem Vorjahre gefallen, der Ernährungszindex sogar von 155,7 auf 137,5 Proz.

Genosse Peters-Hochdonn wandte sich temperamentsvoll gegen das Grundübel der Preisbindung durch die Kartellwirtschaft, aber auch in den Innungen. Die Preisdikatur der monopolisierten Wirtschaft muß verschwinden! Der Landwirt Keller (Christl.-nat. Bauernp.) sah sich gezwungen, eine Attacke gegen die hohen Mehler- und Bäckerpreise im Verhältnis zu den Erzeugerpreisen zu reiten.

Die Stellung der Sozialdemokratie legte Genosse Bünzler dar: Wir unterstützen den Preisabbau, wenden uns aber entschieden dagegen, daß er Vorwand für Lohnabbau und Verschlechterung der Lebenshaltung der Arbeiterchaft wird. Die Widerstände gegen den Preisabbau finden sich bei allen bürgerlichen Parteien. Unerhört ist es, daß die Deutschnationalen im Reichstag durch einen Antrag die Preisbindung für Markenartikel aufrechterhalten wollen.

Der Ausschuß nahm darauf den Antrag Dustrongäster an. Die Staatsregierung zu ersuchen, Klärung über die Preispannen zwischen landwirtschaftlichem Erzeuger- und Kleinhandelspreis zu schaffen und den Abbau dieser Preispannen zu betreiben.

